

Press release

Nr. 010/2026

Kiel, 22.01.2026

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

## SSW im Landtag

Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80  
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 76  
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300  
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: [info@ssw.de](mailto:info@ssw.de)

## **Pflegekosten laufen aus dem Ruder – Landesregierung verweigert Erste Hilfe**

*Wie der Verband der Ersatzkassen (vdek) berichtet, ist die Eigenbeteiligung für einen Pflegeheimplatz in Schleswig-Holstein erneut gestiegen und hat erstmals die 3.000 Euro-Marke geknackt. Dazu erklärt der sozialpolitische Sprecher und Fraktionsvorsitzende der SSW-Landtagsfraktion, Christian Dirschauer:*

Wenn für einen Platz im Pflegeheim über 3.000 Euro hingelegt werden müssen, während die deutsche Durchschnittsrente aktuell bei gut 1.800 Euro liegt, ist klar: Hier fährt ein System gegen die Wand. Gute Pflege kostet Geld, aber Pflege muss auch bezahlbar sein. Sie darf nicht zum Luxusgut werden – dies ist aber zunehmend der Fall. Wir sind der Meinung: Jede und jeder sollte das Recht haben, in Würde zu altern und das Maß an Pflege zu bekommen, das er oder sie benötigt. Doch während die Kosten aus dem Ruder laufen, schaut die Landesregierung nur stillschweigend zu. Das Perfide: Sie hat durchaus Mittel, um diese Preisschraube zu stoppen. Das Land könnte nämlich die Investitionskosten übernehmen, statt sie den Heimbewohnern aufzubürden. Doch unsere Landesregierung stellt sich bislang leider quer. Wir haben uns in der Vergangenheit immer wieder für eine Übernahme dieser Investitionskosten stark gemacht, doch Schwarz-Grün mauert. Während die Pflegekosten also aus dem Ruder laufen, wird die Erste Hilfe verweigert.



Das ist ein Trauerspiel für alle, die schon jetzt ihr letztes Hemd für einen Platz im Pflegeheim hergeben, und versetzt sicherlich viele in Existenzangst, die auf kurze oder lange Sicht darauf angewiesen sein werden, dafür aber kein Vermögen angespart haben.

Wir fordern die Landesregierung auf, endlich für eine Übernahme der Investitionskosten in der stationären Altenpflege zu sorgen und Betroffenen eine dringend nötige Entlastung zu verschaffen. Alles andere wäre unmenschlich!

